

blick nach rechts

Z 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 04 21. Februar 1996

➔ **Portrait eines Schweizer Alt-Nazis** Seite 2

Der 80jährige Francois Genoud unterhält neben seinen Verbindungen zu Rechtsextremisten beste Kontakte gegenüber Linksterroristen.

➔ **Interview** Seite 4

mit Ernst Uhlau, Leiter des Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz. Der Chef der Hamburger Behörde hat Bedenken, Organisationen wie „Scientology“ durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen.

➔ **Rechte Polit-Pubertierende**

Seite 6

Die sich selbst als Avantgarde einer neuen Generation sehenden „89er“ überraschen mit einer erstaunlichen Trivialität.

➔ **Jahrzehntelang verdrängt** Seite 10

Romani Rose, der Zentralratsvorsitzende der Sinti und Roma, erinnert mit einer Dokumentation an den Massenmord durch die Nationalsozialisten.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Zwischen Rechtsextremismus und
arabischem Terrorismus:

Portrait eines Schweizer Alt-Nazis

Nach der Veröffentlichung der Biographien zweier französischer Autoren über den 80jährigen Schweizer Francois Genoud (geb. am 26. Oktober 1915), „eine schillernde Figur mit exzellenten Beziehungen zu algerischen und palästinensischen Kreisen“, der sich seit dem Dritten Reich „als Nationalsozialist bekennt“ (Jürgen Frischknecht), ist dieser in seinem Heimatland in das öffentliche Interesse gerückt.

Der gelernte Tapezierer Genoud („Ich bin Nationalsozialist der ersten Stunde, und bin es bis heute geblieben.“) pflegt seit Jahrzehnten enge Kontakte zu „einstigen“ Nazis und auch heute noch aktiven Rechtsextremisten.

Über seine Landesgrenzen hinaus wurde Genoud, der „das Genie Hitler“ bewundert und bestreitet, daß dieser je willentlich die Vernichtung der Juden anstrebte, bekannt, als er sich für nationalsozialistische Massenmörder einsetzte. So engagierte sich der in Pully (Kanton Waadt) lebende Genoud u.a. für die Verteidigung von Adolf Eichmann, der während des Zweiten Weltkrieges Leiter des Judenreferates im Amt V (Gestapo) des Reichssicherhauptamtes (RSHA) und verantwortlich für die Deportation der Juden im Rahmen der Endlösung war, sowie für Klaus Barbie, in dessen 21-monatiger Amtszeit als Leiter der Lyoner Gestapo (Abteilung IV des Sicherheitsdienstes) in der Stadt 14.311 Verhaftungen durchgeführt, 7591 Menschen deportiert und 4342 hingerichtet wurden. Genoud war mit dem belgischen SS-General Leon Degrelle befreundet, der 1994 im Alter von 87 Jahren im spanischen Malaga verstorben ist. Der Bewunderer Hitlers und Mussolinis war am 1. April 1944 in Belgien wegen Kollaboration mit dem Hitler-Regime und Kriegsverbrechen in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden und hatte in Spanien Asyl erhalten.

Genoud besitzt das einträgliche Copyright an den Goebbels-Tagebüchern, das er auf Grund einer

Vereinbarung mit Maria Goebbels, der Schwester des einstigen NSDAP-Propagandaministers, im Jahr 1955 abgeschlossen hat. In einem Gespräch mit den „Deutschen Monatsheften“ (1982 aus dem Zusammenschluß des 1968 gegründeten „Politischen Zeitspiegels“ und der „Klüter Blätter“, dem Organ des NS-apologetischen „Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes“ >DKEG< hervorgegangen), die im Januar 1990 von der Monatszeitschrift „Nation+Europa“ geschluckt wurden, legte er 1988 dar, wie er zum Inhaber der Urheberrechte wurde: „Von Jugend auf habe ich stärkste Sympathie für Deutschland und den Nationalsozialismus empfunden und habe es nach der Niederlage nicht vergessen. Es störte mich, daß man nach Kriegsende ein Sonderrecht gegen die Besiegten geschaffen hat. Die Entnazifizierungsgesetzgebung zielte unter anderen auf die totale Enteignung der führenden Persönlichkeiten des Dritten Reiches und ihrer Erben. In dieser monumentalen Ungerechtigkeit habe ich eine kleine Lücke gefunden: Das Urheberrecht, das hauptsächlich ein moralisches Recht ist, ist nicht abtretbar und daher auch nicht pfändbar, es ist unantastbar. So bin ich dazu gekommen, auf dieser Ebene für die Sache der Gerechtigkeit zu kämpfen; zuerst für Hitler und ab 1955 für Goebbels.“

Kampf mit dem Urheberrecht

An vorderster Front hat Genoud, Sohn eines frankophilen und weltoffenen Geschäftsmannes, nie gekämpft. Er ist ein Mann, der im Hintergrund die Fäden zieht und sich wie eine Spinne im Netz bewegt. Kontakte unterhält er heute u.a. zu seinem Landsmann Max Wahl, dessen holocaustleugnende Postille „Eidgenosse“ primitivstem Antisemitismus verschrieben war und erst aufgrund der Verschärfung strafrechtlicher Maßnahmen gegen antisemitische Hetze am Ende des 18. Jahrgangs 1994 eingestellt wurde. Auf der Liste der Genoud-Vertrauten findet sich auch der Schweizer Holocaustleugner Achmed Huber, ein zum Islam konvertierter Schweizer. Huber, der in den letzten Jahren mit Vorträgen bei der „Wiking-Jugend“ (WJ) und der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) aufwartete, begann seinen politischen Werdegang als Mitglied der Sozialistischen Partei und sympathisierte mit den Aktivisten der „Front pour la liberation nationale“ (FLN). 1967 wurde Huber wegen seiner proarabischen Haltung als Bundeshausredakteur der sozialistischen Presse entlassen.

„Walhalla der Revolutionäre“

Während die rechtsextreme Seite von Genoud bisher weitgehend bekannt war, gelangt seine Verstrickung ins terroristische Milieu - auf Seiten arabischer Nationalisten in deren militanten Kopf für die Unabhängigkeit und gegen Israel - erst schleichend an das Licht der Öffentlichkeit.

Sp bekannte sich Genoud nun dazu, daß er vor 24 Jahren die Entführung einer Boeing 747 der Luftwaffe von Dehli nach Aden durch die linksterroristische „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) mitorganisiert habe. Genoud stand nicht nur in enger Verbindung zu Waddi Haddad, dem Chef der PFLP, sondern auch zu dem weltweit gesuchten Terroristen Carlos (=Ramirez Ilich Sanchez), der nunmehr seit Sommer 1994 in Paris inhaftiert ist. Dieser schrieb Genoud einen Brief, datiert auf den 18. März 1995, in dem er Genoud mitteilt, daß er außer seinen Familienangehörigen die einzige Person sei, mit der er aus dem Gefängnis heraus korrespondiere: „Wenn wir uns je wieder begegnen sollten, werden wir uns zusammen auf das Walhalla der Revolutionäre freuen und Augenblicke der Verbundenheit mit unseren lieben verstorbenen Märtyrern teilen.“ Am 15. September letzten Jahres besuchte Genoud schließlich seinen antizionistischen Gesinnungsbruder in der Haft. Bekanntschaft mit französischen Gefängnismauern hat auch der Tessiner Bruno Brequet gemacht, der in den achtziger Jahren als Komplize von Carlos im Gefängnis - wegen versuchten Sprengstoffschmuggels zugunsten von Palästinensern in Israel - einsaß. Auch Brequet, der vor einigen Wochen spurlos verschwunden ist, unterhielt Kontakte zu Genoud.

Verteidigt wird Carlos von einem Genoud-Freund, dem französischen Rechtsanwalt Jacques Verges, der lobend von „Nation+Europa“, dem bedeutendsten ideenpolitischen Organ von Rechtsextremistischen jeglicher Couleur, als „alter Nonkonformist“ bezeichnet wird. Bewunderung fand Verges u.a. deshalb bei „Nation+Europa“, da er auf die Frage im Fragebogen des „FAZ-Magazins“ nach seinen „Lieblingsheldinnen in der Wirklichkeit“ Hitlers Lebensgefährtin und spätere Ehefrau, Eva Braun, nannte.

Mit Stolz berichtet Genoud noch heute davon, wie er 1932 als 17jähriger Hitler in einem Hotel in Bad

Godesberg vorgestellt wurde; sein Vater hatte ihn ins Internat Melanchtonstift ins badische Freiburg geschickt, wo er sich Ordnung und Disziplin aneignen sollte. Zwei Jahre später, als 19jähriger besuchte Genoud in Lausanne Veranstaltungen der rechtsextremen „Nationalen Front“. Nach dem Vorbild der Hitler-Jugend (HJ) schlug er die Bildung einer „Jeunesse nationale“ vor.

Mit 17 beim Führer

Spätestens ab 1941 arbeitete Genoud als Agent für die deutsche Abwehr unter Canaris - wie aus Aufzeichnungen des Deutschen SS-Agenten Paul Dickopf (1943 logierte Dickopf zeitweilig bei Genoud und dem dort auch wohnenden syrischen Agenten Manudhin Daud), später Begründer und Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA; von 1965 bis 1971) sowie Interpol-Chef, hervorgeht. Ebenso erscheint er in den Akten der Bundesanwaltschaft im Berner Bundesarchiv als Informant des schweizerischen Nachrichtendienstes.

Nach dem Krieg wird Genoud in Belgien und Deutschland verlegerisch tätig, bevor er 1958 in die Schweiz zurückkehrt. Im Algerienkrieg unterstützte er aktiv die nationalistische FLN und machte durch seine Kontakte zur arabischen Welt von sich reden.

Die Kontakte des Nazis Genoud in den arabischen Raum sind im rechtsextremen Lager nicht einzigartig - so siedelte ein Dutzend Neonazis der Wehrsportgruppe Hoffmann nach dem Verbot ihrer Organisation (am 30. Januar 1980) in den Libanon über und nannte sich fortan (bis zum Sommer 1981) „Wehrsportgruppe Ausland“. Untergebracht waren die Kameraden im PLO-Lager Bir Hassan bei Beirut - mit Billigung und Einverständnis von Abu Ijad, damals stellvertretender Leiter der PLO, Gründer und Anführer der Terrorgruppe „Schwarzer September“, die unter anderem das Münchner Olympiamassaker verübte.

Nahezu zeitlich unterhielt der Rechtsterrorist Odfried Hepp enge Kontakte zur „Palästinensischen Befreiungsfront“ (PLF) unter Abul Abbas. Hepp wurde 1983 vom französischen Abwehrendienst DST bei der Aushebung eines Waffenverstecks dieser palästinensischen Terror-Organisation verhaftet.

Anton Maergerle

INTERVIEW

Verfassungsschutz ist nicht Lückenbüßer

Der Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes, Ernst Uhrlau, warnt davor, Organisationen wie die „Scientology“ in die Zuständigkeit der Verfassungsschutzbehörden zu legen. Wie Uhrlau gegenüber dem „blick nach rechts“ betonte, würde dies zu einer anderen Art von Verfassungsschutz führen, der nicht mehr als Frühwarnsystem für politischen Extremismus taugt.

bnr: Bundesministerin Claudia Nolte hat vor den „skrupellosen Machenschaften von Scientology“ gewarnt und den Einsatz des Verfassungsschutzes gefordert. Sie haben dem widersprochen. War das mit den Ämtern abgestimmt?

Ernst Uhrlau: Die Frage der Beobachtung von Scientology (SC) durch die Verfassungsschutzbehörden wird seit über drei Jahren z.T. sehr kontrovers diskutiert. Innerhalb der Verfassungsschutzämter gibt es zur Frage der Notwendigkeit und Zuverlässigkeit keine einheitliche Position. Ich habe allerdings von Anfang an Zweifel angemeldet, ob die für die Beobachtung durch den Verfassungsschutz notwendige ziel- und zweckgerichtete politische Motivation bei SC vorliege.

bnr: Die IMK hatte sich vor mehreren Wochen bereits mit der Thematik „Scientology“ befaßt. Ist dabei auch der Einsatz des Verfassungsschutzes gegen die Organisation diskutiert worden, ggfs. mit welchem Ergebnis?

Ernst Uhrlau: Die IMK hat sich in den letzten Jahren zwar einige Male mit SC befaßt, aber zu lange unter der verengten Fragestellung Verfassungsschutz ja oder nein. Verfassungsschutz ist ein Nachrichtendienst, dessen Erfolge sich nur aus kontinuierlichen, langfristigen Beobachtungen ableiten lassen. Für ein spontanes Lückenbüßergeschäft ist er nicht ausgerichtet. Soll sein Wissen exekutiv genutzt werden, wie wir das beim Rechtsextremismus in den letzten Jahren gesehen haben, funktioniert das nur deshalb, weil wir über langjährige Erfahrungen in diesen Strukturen verfügen. Wenn SC als gewinnorientiertes Wirtschaftsunternehmen begriffen wird, das sich das

Mäntelchen der Religionsgemeinschaft umgehängt hat, dann muß man ihr mit dem ganzen zur Verfügung stehenden rechtlichen Instrumentarium dieses Mäntelchen nehmen und ihr die Spielräume nehmen. Wenn sich SC an seinen Anhängern bereichert, sie ausbeutet, manipuliert und eine psychische Abhängigkeit anstrebt, geht es nicht um Beobachtung, es geht um Unterbindung und Strafverfolgung, d.h. Gesetzesvollzug ist gefordert. Dieses ist auch der Weg, den die IMK in ihrer letzten Befassung empfohlen hat. Ich gehe allerdings davon aus, daß nach der Vorlage des Gutachtens des Frankfurter Politologen Jaschke zu SC einzelne Länder erneut eine Befassung der IMK anstreben.

bnr: Nun weist Frau Nolte zur Begründung auf die Ziele der Organisation hin. In ihrer Presseverlautbarung heißt es u.a.: „Scientology strebt die Welt-herrschaft an und hat die Zerstörung unserer Gesellschaft zum Ziel ... Eine scientologisch geprägte Gesellschaft kennt keine Freiheitsrechte im Sinne des Grundgesetzes. Nach der Doktrin L.Ron Hubbards, des Begründers von Scientology, ist jede Demokratie nutzlos“. Würde diese Bewertung nach dem Gesetz nicht den Einsatz des Verfassungsschutzes rechtfertigen? Wird nach den Erkenntnissen, über die Sie sprechen können, diese Einschätzung von den Ämtern geteilt?

Ernst Uhrlau: Sowohl in dem NRW-Gutachten als auch bei Frau Nolte taucht die Behauptung auf, SC strebe die Zerstörung unserer Gesellschaft und die Abschaffung der Demokratie an. Daß Frau Nolte mit ihren Feststellungen offenbar kein Neuland betreten hat, zeigt mir die Reaktion des Bundesinnenministeriums. Dort sehe ich nicht, daß die bisherige Position gegen eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz aufgegeben wird. Ernsthafter werden wir uns mit dem Jaschke-Gutachten auseinandersetzen müssen. Es bringt zwar keine neuen Belege, durchforstet die bekannte Literatur vor allem der Ablehnungsfront und bringt einzelne Hubbard-Zitate, kommt aber zu dem Ergebnis, bei SC handele es sich um einen Extremismus neuen Typs. Weder Rechts- noch Linksextremismus, es ist, so Jaschke, ein eigenständiger Extremismus. Er stellt richtig fest, daß Menschen nicht aus politischer Motivation Mitglied von SC werden, sondern um sich selbst als Person zu verändern. Damit bestätigt er den persönlichen, individualistischen Ansatz der Mitgliedschaft. Es ist nicht ansatzweise zu erkennen, daß die Mitglieder von SC für sie erkennbar poli-

tisch indoktriniert werden, in dem Sinne, daß sie ein politisches Programm oder politische Ziele befolgen müssen. Wer also fordert, daß sich der Verfassungsschutz um eine Organisation kümmert, die keine primären politischen Ziele entfaltet, die ihre Anhänger auch nicht mit politischen Zielsetzungen oder politischer Partizipation und Veränderungen rekrutiert, stößt damit eine Tür zu einem ganz anderen Verfassungsschutz auf, als wir ihn über vierzig Jahre lang kannten. Das Frühwarnsystem für politischen Extremismus wird verändert zu einer Institution, die sich um alle Sekten, aber auch um solche Organisationen zu kümmern hat, die sich an Spielregeln und Gesetze der pluralistischen Demokratie nicht halten. Verfassungsschutz als Instrument von Political Correctness gibt zumindest das Hamburger Verfassungsschutzgesetz von 1995 nicht her.

bnr: Berührt sich die Überlegung von Frau Ministerin Nolte nicht auch mit Überlegungen, die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes in den Bereich der Organisierten Kriminalität insgesamt hinein zu erweitern? Warum die Zurückhaltung bei Scientology?

Ernst Uhrlau: Wer dem Verfassungsschutz die

Zuständigkeit für Scientology und die anderen Sekten geben will, muß unseren gesetzlichen Aufgabenrahmen erweitern. Wir würden uns damit von der Voraussetzung trennen müssen, daß bei den Organisationen die politische Motivation im Zentrum stehen muß. Einige haben das als willkommenen Einstieg in die Zuständigkeitserweiterung hin zur Organisierten Kriminalität (OK) gesehen. Wer sich eine Bekämpfung von OK ohne Bindung an das Legalitätsprinzip erhofft, geht an der gesetzlichen Realität vorbei. Der Verfassungsschutz ist zwar nicht wie die Polizei dem Legalitäts- sondern dem Opportunitätsprinzip verpflichtet, doch für ihn gilt auch bei der Arbeit der § 138 StGB (Nichtanzeige geplanter Straftaten) als einzuhaltende Schranke. Der Verfassungsschutz kann nicht die Keuschheitsproben bestehen, die man der Polizei verwehrt. Verfassungsschutz und OK verändern den Nachrichtendienst, denn er wird zum Hilfsorgan oder Hilfsinstrument von Polizei und Staatsanwaltschaft auf dem Feld der allgemeinen Kriminalität. Im übrigen: Ich löse die rechtlichen Probleme der Polizei bei Ermittlungen gegen OK nicht dadurch, daß ich lediglich den Ball auf ein anderes Spielfeld lege.

Das Interview führte Klaus-Henning Rosen

Stiftung für NS-Opfer gefordert

Die Einrichtung einer Bundesstiftung „für alle nicht oder nicht angemessen entschädigten Opfer des NS-Regimes“ haben Bündnis 90/Die Grünen gefordert. In einer in Bonn veröffentlichten Erklärung betonten sie: „NS-Verfolgte müssen wenigstens in die Lage versetzt werden, durch eine Entschädigungsrente ihren Lebensabend in Würde und ohne materielle Not erleben zu können“. Bisher seien „ganze Opfergruppen“ nicht entschädigt worden. „Jahrzehntelang“ seien Zwangssterilisierte, „Euthanasie“-Geschädigte, Zwangsarbeiter, Homosexuelle, Kommunisten, „Asoziale“, Opfer der NS-Militärjustiz sowie viele Sinti und Roma von der Anerkennung als Verfolgte im Sinne des Bundesentschädigungsgesetz ausgeschlossen gewesen. Rigoros enge Fristen in den Entschädi-

gungsgesetzen hätten auch viele jüdische Verfolgte ausgegrenzt, stellten Bündnis 90/Die Grünen fest.

Die Partei meint über der „begrüßenswerten“ „nun endlich gefundenen Rentenregelung für deutschstämmige Juden“ dürfte nicht vergessen werden, „daß viele Opfergruppen bis heute nicht oder nur unzureichend entschädigt“ worden seien. Verknüpft wurde die Forderung nach einer Bundesstiftung mit dem Gedenktag für die Befreiung von Auschwitz am 27. Januar. Das Erinnern müsse Konsequenzen haben, dem Gedenken müßten Taten folgen. Bündnis 90/Die Grünen fordern in diesem Zusammenhang auch eine Nichtigkeitserklärung für alle Urteile der NS-Militärjustiz. Zur Begründung führen sie an: „Wer sich - wie auch immer - der Teilnahme an Verbrechen des 2. Weltkrieges zu entziehen versuchte, wie viele Tausende von Wehrmachtsdeserteuren, ist kein Verbrecher, sondern bewies Mut“.

Rechte Polit-Pubertierende

„Wir 89er“ - so bezeichnet sich selbst - angeblich stellvertretend für eine neue Generation stehend - eine Gruppe junger Leute zwischen 19 und 29 Jahren, die sich als Autoren eines Sammelbandes mit gleichnamigem Titel der Öffentlichkeit präsentieren (Ullstein-Verlag, Berlin 1995). Es handelt sich dabei meist um Studenten, die in der der Neuen Rechten zuzuordnenden Zeitung „Junge Freiheit“ (JF) schreiben und sich offenbar als eine Art Gegen-Elite zu den '68ern verstehen. Herausgeber des Bandes, der im Untertitel Antworten auf die Fragen „Wer wir sind und was wir wollen“ verspricht, ist JF-Redaktionsmitglied Roland Bubik. Er will darin der Frage nachgehen, was „die heutige Generation einer demokratischen Rechten“ (S. 8) ausmache?

Daher fragte Bubik eine Reihe von Autoren, ob sie nicht ihr Selbstverständnis als „89er“ niederschreiben wollten. Es sollte keine rein politische Abhandlung werden, sondern ein Lebensgefühl vermitteln“ (S. 9). Bei der Durchsicht der Texte fiel Bubik auf, daß es sich um „keinen Block homogen denkender Ideologen“ (S. 10) handelte. Gemeinsam sei ihnen vielmehr die „zornige Auflehnung gegen die Denk- und Sprechverbote der deutschen Linken ... Ihr Lebensgefühl offenbart einen offensiven Gestus, sie akzeptieren die herrschende Meinung nicht, sie gehen dagegen an“ (S. 10). Den Band versteht der Herausgeber als „Angebot, Herausforderung und Provokation zugleich. Er stellt die erste Manifestation einer Generation dar, mit der man in Zukunft zu rechnen haben wird. Hier sprechen wir. Wir 89er“ (S. 11).

Dies sind vollmundige Worte, die einiges hinsichtlich der Auffassung und Ziele der Vorgestellten erwarten lassen. Um so verwunderlich wirkt die inhaltliche Armut: Mehrheitlich ergehen sich die Autoren in Beschreibungen von Alltagssituationen, die sie hier und da mit politischen Kommentaren würzen. Teilweise nimmt diese Form der Darstellung auch lächerliche Züge an. So schildert etwa JF-Redakteur Frank Liebermann einen Tag in seinem Studentenleben, der ihn an einem Nachmittag ins Kino zu „Star Trek VII - Das Treffen der Generationen“ führt. Zum Verhalten der Figur des Captain Kirk bemerkt er: „Die spannende Frage: Paradies oder Pflichterfüllung? Die Wahl von

Kirk ist klar: Er stellt sich der Verantwortung - eine wahrhaft konservative Haltung“ (S. 139).

Nonkonformität ohne Inhalt

Oder JF-Redakteurin Ellen Kositzka schildert ihre Begegnungen anlässlich eines Discoabends. Als sich ihr ein männlicher Altersgenosse mit bestimmten Interessen mit der Frage nähert: „Auf was für Leute fährst'n du so ab?“ meint sie als „Provokation“: „‘Horst Wessel’“ (S. 92). Auch die sonstigen Beiträge erschöpfen sich weitgehend in Alltagsbeschreibungen, die offenbar ein Lebensgefühl vermitteln sollen. Nur, worin dieses besteht und was es ausmacht, bleibt unklar. Soll die Nennung von Horst Wessel als Ausweis für nonkonformes Verhalten gelten oder das Bemühen „eine aristokratische Haltung zu wahren“ (S. 30) ein adäquates „89er“-Feeling vermitteln?

Programmatisches - wie man es in einer Manifestation eigentlich erwartet - liefert kaum ein Beitrag: Selbst JF-Chefredakteur Dieter Stein und JF-Theoretiker Roland Bubik beschränken sich auf Klagen über die Diffamierung ihrer Personen und Publikationen. Lediglich der Text von Simone Satzger enthält einige ideologische Elemente: Askese, Beliebigkeit, Brennen, Charakter, Entgrenzung, Entzauberung, Haltung, Neue Romantik, Ordnung, Toleranz und Zukunft. Aber auch daraus läßt sich nur schwerlich etwas wie ein für 89er angeblich typisches Denkmuster machen. Offen wird in diesem Beitrag jedoch die Aversion gegenüber der Rationalität offenbart: „Der Rechte trägt in sich den Hang zum Irrationalen, zum Mythos, zum Transzendentalen, zur Symbolik“ (S. 43f.).

Ansonsten gibt der von jedem Autor auszufüllende Fragebogen vor jedem Beitrag mehr Einblick in das Innenleben der Schreibenden denn der Text selbst: Ein paar Beispiele: Claus M. Wolfschlag: „Deine Lieblingsbeschäftigung?: Frauen“ (S. 14), Ellen Kositzka: „Was erwartest Du von der Zukunft? Befürchte: Amerikanisierung Europas; hoffe: auf ‘befreite Zonen’“ (S. 87), Roland Bubik: „Deine Vorbilder? Die spirituell Starken“ (S. 107) usw. Kurzum, hier hat man es eher mit Polit-Pubertierenden denn mit einer politisch-intellektuellen neuen Generation zu tun. Die Autoren neigen höchstens dazu, sich selbst selbstgefällig als angebliche heroische Streiter wider einen gesellschaftlichen Konsens darzustellen.

Armin Pfahl-Traugher

Schnee und Regen zerstören die KZ-Baracken:

Vom Verfall bedroht

Der Verfall ist unübersehbar: Überall bröckelt der Putz, platzt der Beton, nagt der Rost an den freiliegenden Eisendrähten. Wer in diesen Tagen das frühere Konzentrationslager Sachsenhausen in der brandenburgischen Stadt Oranienburg besucht, sieht breite Risse im Mauerwerk und tiefe Mulden im Boden. Besonders die berühmte „Station Z“, in der die SS einst tausende von Häftlingen in einer Gaskammer ermorden und ihre Leichen verbrennen ließ, wird mit einiger Sicherheit nicht mehr lange überdauern. „Die Anlage bricht rapide in sich zusammen“, berichtet Günter Morsch, der Leiter der Gedenkstätte, und weist auf ein zu DDR-Zeiten errichtetes riesiges Betondach, das die Gebäudereste aus der NS-Zeit notdürftig vor Wind und Wetter schützen soll. Aber von den offenen Seiten dringen dennoch seit Jahrzehnten ungehindert Schnee und Regen ein und zerstören nach und nach die letzten Mauern. Der Verwaltung der KZ-Gedenkstätte blieb jetzt nichts anderes übrig, als diesen Teil des Geländes erst einmal für Besucher sperren zu lassen. „Die Gedenkstätte präsentiert sich zwar noch nicht als Trümmerhaufen“, sagt Günter Morsch. „Aber Abhilfe, vor allem finanzielle Hilfe, ist jetzt dringend notwendig.“

Renovierung kostet 30 Millionen

Doch die zuständigen Behörden zeigen sich äußerst zugeknöpft. Ein Jahr nach den Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag der Befreiung der deutschen Konzentrationslager hat das Thema für die Politik offenbar an Brisanz verloren. Die für Sachsenhausen zuständige Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten mußte jedenfalls hinnehmen, daß der auf rund 16 Millionen Mark veranschlagte Etat für das Jahr 1996 ohne Vorwarnung um die Hälfte gekürzt wurde. Und auch um die etwa 30 Millionen Mark, die eine gründliche Restaurierung des Lagers kostet, dürfte noch lange gestritten werden. Dabei drängt die Zeit: Neben der „Station-Z“ droht auch den beiden hölzernen Kranken-Baracken sowie weiteren

historischen Gebäuden die Zerstörung durch den Zahn der Zeit. Die DDR, so klagt Gedenkstättenleiter Morsch, habe seinerzeit mit Hilfe von Pinseln und Farbe eine intakte Anlage nur vorge täuscht. „Das Kaschieren von Mängeln verhinderte nicht, daß Decken einstürzten, Baracken verfaulten, Wasser in die Keller drang und unersetzliche Belege für die SS-Barbarei verrotteten.“ Besonders wertvolle Exponate habe Ost-Berlin sogar gegen Devisen in die USA verkauft, wo sie sich jetzt im Fundus des Holocaust-Museums in Washington befänden.

Sachsenhausen war bereits im Jahre 1936 als Muster- und Vorzeiganlage für die künftigen deutschen Konzentrationslager errichtet worden: In Form eines Dreiecks gruppierten sich dort um den Appellplatz 51 Baracken, die von einem einzigen Turm aus bewacht werden konnten. „Eine Geometrie des totalen Terrors“, heißt es in einem Buch über die Anlage. Einige Kilometer weiter ließen sich übrigens die „Schreibtischtäter nieder: Im sogenannten T-Block wurde die „Inspektion der Konzentrationslager“ untergebracht, deren Mitarbeiter von Oranienburg aus den Transport aller KZ-Häftlinge organisierten.

Empörung über Beton-Werk

Aber nicht allen Behörden will die Symbolik des Ortes so recht einleuchten. Das zeigt der jüngste Eklat um ein im Oranienburger Hafen gelegenes KZ-Außenlager, dessen Gelände trotz mehrerer Anläufe bis heute nicht unter Denkmalschutz gestellt worden ist. In dem als „Todeslager“ bekannten Areal, in dem die KZ-Häftlinge zunächst Klinkersteine für Hitlers Hauptstadt - „Germania“ und später Granaten für den Krieg herstellen mußten, wurden Tausende bestialisch ermordet - zum Beispiel im bitterkalten Januar des Jahres 1940, als die Bewacher 40 polnische Häftlinge auf dem Appellplatz mit Wasser übergossen und zu Eisblöcken erstarren ließen. Trotz dieser schrecklichen Vergangenheit erteilte die Kreisverwaltung Oberhavel jüngst einer Beton-Firma die Genehmigung, sich in der Nähe des Lagers anzusiedeln und dort auszubreiten. Jetzt hat das Unternehmen zum Entsetzen ehemaliger Häftlinge damit begonnen, auf dem Gelände Container aufzustellen und die Hafenmauer neu zu betonieren. „Eine große Gefühllosigkeit gegenüber den wenigen überlebenden Opfern des KZ Sachsenhausen“, erklärte Salomon Kern vom Zentralrat der Juden in Deutschland.

Sebastian Bähr

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika in 1996

Berücksichtigt wurden „Nation + Europa“, „Deutsche-National-Zeitung“ und „Junge Freiheit“, die bis Redaktionsschluß vorlagen:

„Nation + Europa“ (NE) - 46.Jg. - 2/1996;
Die Abrechnung des früheren REP-Vorsitzenden Schönhuber mit seiner Partei und deren Führern in der Vornummer (vgl. BNR 2/1996) hat offenbar zu heftigen Reaktionen gegenüber NE geführt, die in der Redaktion zu der Entscheidung geführt haben, „der Kontroverse kein weiteres Forum einzuräumen“, weil man „darauf bedacht bleiben will, Gräben unter politisch Gleichgesinnten nicht aufzureißen, sondern zuzuschütten“. Zu Wort kommt nur noch der von Schönhuber attackierte frühere bayerische REP-Funktionär Johann Mühlberger, Richter am LG München. Wie erwartet wird der Ablauf der Debatte über Lübeck als Beweis für Nationalmasochismus angeführt, für den man dann noch ein Gross-Zitat aus der FAZ als Garnierung bereit hat. Aufmacher ist die Klage über Korruption, die als Ausfluß unseres „liberal-extremistischen Zustand(s)“ gewertet wird. Für systembedingt und Folge unserer „Fremdbestimmung“ hält Franz Schönhuber die Schwierigkeit, den Sozialstaat umzubauen; es folgt der Aufruf zu geistiger Erneuerung durch deutsche Patrioten. Einem dieser Patrioten, Karlheinz Weißmann, Verfasser des umstrittenen Bandes 9 der Propyläen Geschichte („alles richtig und trotzdem falsch“) widmet Harald Neubauer ein Lamento.

„Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) - 46.Jg.;
Der Gedenktag vom 27. Januar wird in Zusammenhang gestellt mit der Unfähigkeit der Bundesregierung, weder die Arbeitslosigkeit noch die Wirtschaftskrise meistern zu können; selbstredend verbunden mit dem Vorwurf der extrem einseitigen Vergangenheitsbewältigung und dem Versuch der Relativierung derselben (DNZ 4/96). Sein Fett weg bekommt der in Italien lebende „mißratene“ Wagner-Urenkel Gottfried wegen dessen eindeutiger Distanzierung von dem Wagner-Clan (4/96). Die Brandkatastrophe von Lübeck und die unrühmliche Rolle der Medien dabei sind natürlich ein gefundenes Fressen für die Frey-Gazette (DNZ 5/96). Der Besuch des israelischen Staatspräsidenten Weizmann und dessen Rede im Deutschen Bundestag werden als Aufhänger benützt, um über die extreme

Rechte in Israel zu informieren. Die verabschiedete Rentenregelung für die aus Osteuropa nach Israel oder USA ausgewanderten Juden wird mit der mageren Erhöhung für ostdeutsche Rentner aufgerechnet (DNZ 5/96). Die aufgedeckten Fälschungen von TV-Berichten werden mit Literaturempfehlungen aus dem eigenen Hause kommentiert. Fortwährendes Thema sind die Ereignisse von Lübeck; verbunden damit erneute Hetze gegen Flüchtlinge und Asylbewerber, denen das Schicksal obdachloser Deutscher entgegengestellt wird (DNZ 6/96). Die Bombardierung Dresdens vor 51 Jahren bietet unter der Schlagzeile „Holocaust an Deutschen“ einen willkommenen Anlaß, die Alliierten des Kriegsverbrechens zu bezichtigen (DNZ 8/96). Gerne beteiligt sich die DNZ selbstredend an dem Vernichtungsfeldzug gegen den „Nazi-Jäger“ Simon Wiesenthal, über dessen „Machenschaften“ man schon immer berichtete (DNZ 8/96).

„Junge Freiheit“ (JF) - 11.Jg.;

Zu dem Lübecker Vorfall werden den „Deutschenhasern“ und der ideologisierten Medienkampagne dazu die Leviten gelesen (Roland Bubik; JF 4/96). Thorsten Hinz lammentiert, daß künftig vom Bund keine Landkarten mehr mit den früheren deutschen Ostgebieten gedruckt werden sollen. Der belgische neurechte Theoretiker Robert Steuckers versucht darzulegen, daß die Probleme der islamischen Immigranten aus ihrer kulturellen-traditionellen Andersartigkeit herrührten, womit sie an der „individualistisch-liberalen Propaganda“ der westlichen Industriestaaten zwangsläufig scheitern müßten (JF 4/96). Zum Thema Abtreibung darf sich der Vorsitzende der „Europäischen Ärzteaktion“ Siegfried Ernst im Interview ausbreiten und Ärzte als Killer und Frauen als Mörderinnen beschimpfen (JF 5/96). Ein Vertreter der korsischen Nationalisten äußert Verständnis für die Gewaltanschläge der korsischen Terroristen, die Teil des „Nationalen Befreiungskampfs“ seien (JF 5/96). Der emeritierte Professor Klaus Hornung klagt in einer „Nachbetrachtung“ zu Lübeck über „Dauermasochismus und angeblich deutsche Kollektivschuld“ (JF 6/96). Positiv hervorgehoben wird die Politik der im Juni '95 in ihre Ämter gewählten Bürgermeister des rechtsextremen „Front National“ in den französischen Städten Toulon, Orange und Marignage (JF 6/96). Zur sogenannten „Präventivschlags-These“ - Hitlers Angriff auf die Sowjetunion - und der neu aufgelebten Diskussion darüber (SPIEGEL) bemüht sich der rechte Militärhistoriker Heinz Magenheimer im Sinne der Entlastung des Deutschen Reichs (JF 7/96). In einem Kurzinterview wird der Nachwuchsvertriebe-

nenfunktionär G.W. Gläser über die Bedeutung der ins Visier der Verfassungsschützer geratenen „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ befragt (JF 7/96).

Entrümpelte Farbenträger

Wie im Vorfeld angekündigt (vgl. BNR 15/95) wurde zum Jahresanfang 1996 (13. Januar) ein neuer Dachverband von liberalkonservativen Burschenschaften ins Leben gerufen. Neben der rechten „Deutschen Burschenschaft“ (DB) existiert nun mit der „Neuen Deutschen Burschenschaft“ (NDB) ein weiterer burschenschaftlicher Dachverband. Bislang acht Bünde mit über 300 Aktiven und 1900 Alten Herren gehören der NDB an. Rund zwanzig Korporationen entsandten Beobachter zum ersten Burschentag der NDB in Hannover.

Die „Deutsche Burschenschaft“ (vgl. BNR 8/95) und insbesondere die 1961 gegründet rechtsextreme „Burschenschaftliche Gemeinschaft“ (BG) stehen seit einigen Jahren verstärkt in der politischen Kritik. „Rechtsextremistisches und von der ‘Neuen Rechten’ inspiriertes Gedankengut fällt innerhalb einzelner traditioneller Studentenkorporationen zunehmend auf fruchtbaren Boden, insbesondere bei einzelnen Burschenschaften“, schreibt beispielsweise der aktuelle Hamburger Verfassungsschutzbericht. Burschenschaften, heißt es weiter im Jahresbericht der Hansestadt für 1994, „engagieren sich in der intellektuellen Aufbereitung ‘klassischer’ rechter Positionen und leisten theoretische Vorarbeit - quasi als intellektuelle rechte Avantgarde und Gegenvariante zur einstigen linksextremistischen Hochschul-Avantgarde“. Während für die sich selbst als Elite begreifende „Deutsche Burschenschaft“ die „Deutsche Frage“ offen ist, erklärte der Sprecher der NDB, Carsten Zehm aus Hannover, die territoriale Einheit Deutschlands sei mit der deutschen Vereinigung erreicht. Frauen werden bei der NDB weiterhin nicht aufgenommen, doch steht sie Zivildienstleistenden und Männern ohne deutsche Staatsangehörigkeit grundsätzlich offen. Die Ende 1994 initiierte „Vereinigung Deutscher Burschenschaften“ (VDB) mit ihren anfänglich drei Mitgliedsbünden geht in dem neuen burschenschaftlichen Dachverband auf. Innerhalb der rund 120 Bünde umfassenden DB lehnt es lediglich der kleine „Hambacher Kreis“ ab, „aufgrund des Vaterlandsbegriffs territoriale Ansprüche zu erheben und die

Verschiebung staatlicher Grenzen zu fordern.“ Kritisiert wurde die Neugründung der gemäßigten „Neuen Deutschen Burschenschaft“ von deutschen nationalen Burschenschäftlern wie dem Gießener Jürgen W. Gansel, Sprecher der „B! Dresdensia-Rugia Gießen“. Gansel warf in einem Leserbrief an die „Junge Freiheit“ den liberalkonservativen Burschenschaften „weltanschauliche Fahnenflucht“ und „politischen Verrat“ vor. In seiner Zuschrift an die rechte Wochenzeitung heißt es dazu: „Wer Deutschland auf das Staatsgebilde Bundesrepublik und das Grundgesetz reduziert, wer Fremde für Deutsche hält, sobald sie ein belangloses verbales Bekenntnis zur FDGO abgelegt haben, leugnet die politischen Grundkategorien von Volk, Geschichte und Kultur und kann als alles Mögliche bezeichnet werden, aber wohl kaum als Burschenschäftler.“

Sönke Braasch

Workcamp im KZ

Hautnah und mit der Schaufel in der Hand die Geschichte des Konzentrationslagers Bergen-Belsen erleben, das können Jugendliche vom 9. bis 14. April in einem Internationalen Workcamp auf dem Gelände des ehemaligen KZ. In diesen Tagen sollen bereits angefangene Freilegungsarbeiten auf dem Außengelände der heute mit einer Gedenkstätte verbundenen Einrichtung fortgeführt werden. Erforscht werden sollen durch Ausgrabungen die Hauptlagerstraßen, Fundamente von zwei ehemaligen Baracken, zwei Wasserlöschbecken sowie die ehemalige Entlausungsanlage. Dazu gesellen sich Besichtigungen der Gebäude auf dem Gelände, geschichtliche Aufklärungsarbeit, Gespräche mit Zeitzeugen, ein Exkurs zu aktuellen Neonazi-Aktivitäten in der Gegend um Bergen sowie ein internationales Kulturfest. Die Unterbringung erfolgt in einem nahegelegenen „Anne-Frank-Haus“ der CVJM. Das Mindestalter der Teilnehmer beträgt 16 Jahre. Alle Aktionen werden mit Foto und Video dokumentiert. Unter anderem durch die Mitfinanzierung durch das Land Niedersachsen betragen die Kosten pro Person lediglich 100 DM. Anmeldungen müssen bis Ende Februar beim Veranstalter Landesjugendring, Maschstr. 24, 30169 Hannover (Tel.: 0511/805055) eingegangen sein. Schirmherr ist der niedersächsische Kulturminister, Prof. Rolf Wernstedt. Höhepunkt und Abschluß zugleich bildet am 14. April die Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung von Bergen-Belsen.

BÜCHERSCHAU

Jahrzehnte- lang verdrängt

Selbstverständlich ist während des Strafverfahrens vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg vor einem halben Jahrhundert über dieses Verbrechen gesprochen worden, wurden Dokumente vorgelegt und Zeugen gehört. Ins Bewußtsein der Öffentlichkeit ist es aber nicht gerückt worden - im Gegensatz zum Holocaust. Warum konnte es jahrzehntelang verdrängt werden - diese Frage drängt sich auf? Die Antwort ist einfach, was das Ergebnis, eben die Verdrängung, nicht erträglicher macht. Rudolf Höß, der Kommandant von Auschwitz, hat als Zeuge in Nürnberg sowohl vom Holocaust als auch vom Völkermord an den Sinti und Roma berichtet. Doch diese Minderheit hatte nirgendwo auf der Welt eine Lobby, geschweige denn einen eigenen Staat wie die Juden seit 1948. Niemand nahm sich ihrer an, im Gegenteil: Selbst in der Bundesrepublik wurden sie weiter ausgegrenzt. Beteiligte an diesem Völkermord hatten kaum etwas zu befürchten, alte Akten und Karteien wurden weiter benutzt, nur in einem einzigen NS-Prozeß ging es um den Versuch der Nazis, die „Zigeuner“ zu vernichten. Die Literatur über den Holocaust ist kaum noch zu überschauen, beinahe täglich kommen in aller Welt neue Titel auf den Markt, doch den Massenmord an den Sinti und Roma behandelt kaum ein Band. Auch das mag ein Grund dafür sein, daß nun der Vorsitzende des Zentralrates deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, eine Dokumentation darüber herausgegeben hat. Rose stellt im Vorwort fest, bereits 1993 habe sein Verband zusammen mit dem Museum Auschwitz ein Gedenkbuch herausgegeben. „Die vorliegende Dokumentation zeichnet die Leidensgeschichte unserer Menschen im „Dritten Reich“ erstmals anhand von Quellen und Selbstzeugnissen Überlebender differenziert nach: vom kontinuierlichen Prozeß der Entrechtung und gesellschaftlichen Ausgrenzung bis hin zum fabrikmäßigen Massenmord.“

Tatsächlich standen die Sinti und Roma bei den Nazis auf der untersten Stufe der

Menschheit. Im September 1939 wies das Reichspropagandaministerium die Medien an: „Polen ist Untermenschentum. Polen, Juden, Zigeuner sind in einem Atemzug zu nennen.“ (41) Bereits Mitte der 30er Jahre seien in der Nähe großer Städte Lager für Sinti und Roma eingerichtet worden. Solche Lager gab es „Köln, Düsseldorf, Danzig, Frankfurt a.M., Kiel, Pölitz bei Stettin, Magdeburg, Königsberg, Salzburg-Maxglan und Berlin-Marzahn, um nur die bekanntesten zu nennen.“ (S. 45)

„Zigeunerkinder“ mußten von den Eltern „ausgeschult“ werden, d.h. die Eltern mußten gegen ihren Wunsch beantragen, ihre Kinder bei Schulen abzumelden. (S. 50) Kurz nach dem „Anschluß“ Österreichs wurden besonders in der traditionellen Heimat der Sinti und Roma, also im Burgenland, „Zigeunerlager“ errichtet. (S. 72) Danach begann im „Großdeutschen Reich“ die Deportation gen Osten. Schließlich der „Auschwitz-Erlass“ Himmlers vom 16. Dezember 1942, in den besetzten Ländern Europas lebende Sinti und Roma „in einer Aktion von wenigen Wochen in ein Konzentrationslager einzuweisen. Die Einweisung erfolgt ...familienweise in das Konzentrationslager (Zigeunerlager) Auschwitz.“ (S. 120)

Berüchtigt sind die medizinischen Verbrechen von Josef Mengele an Zwillingen in Auschwitz. Wenig bekannt dagegen sind andere medizinische Verbrechen speziell an Sinti und Roma. (u.a. S. 144 u. 158) All das wird in dem vorliegenden Band vorzüglich dokumentiert. Dem Herausgeber ist es gelungen, die Stationen der Ausgrenzung und Verfolgung in allen wichtigen Etappen mit Originaltexten und Dokumenten zu belegen. Der Band im DIN A 4-Format ist übersichtlich gestaltet und sorgfältig ediert. Er gehört in jede Sammlung von Büchern über die NS-Zeit, damit die Verfolgung und Vernichtung der Sinti und Roma endlich ins öffentliche Bewußtsein rückt.

Romani Rose (Hrsg.), Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma, 189 S., Heidelberg 1995

Heiner Lichtenstein

BÜCHERSCHAU

**„Führer
gegen das
Vergessen“**

Die von der Bundeszentrale für politische Bildung 1987 vorgelegte, von Ulrike Puvogel bearbeitete Dokumentation „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus“ nannte der Rezensent bei ihrem Erscheinen einen „Führer gegen das Vergessen“. Das Direktorium der Bundeszentrale für politische Bildung widmete das Nachschlagewerk den Menschen, die aus politischen, rassistischen, religiösen, weltanschaulichen und anderen Gründen, wegen Widerstand und Verweigerung verfolgt, in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern gequält, gefoltert, durch Zwangsarbeit vernichtet, ermordet wurden; den Menschen, die wegen geistiger oder körperlicher Behinderung als „lebensunwert“ und „minderwertig“ getötet wurden, den Opfern von Kriegsgefangenschaft und Zwangsarbeit, den Angehörigen vieler Nationen und unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, die durch den Nationalsozialismus um ihre Freiheit und ihr Leben gebracht wurden. Sinn der Dokumentation war es nämlich, Spuren festzuhalten, die die Verfolgung hinterlassen hat - in Gestalt der zu Gedenkstätten gestalteten Konzentrationslager, der Friedhöfe, der Standorte ehemaliger Synagogen, Gedenktafeln und anderer Örtlichkeiten, an denen sich die verbrecherische NS-Politik festmachen ließ. Die Publikation kam damals zum richtigen Zeitpunkt, um gegen die Fronde der Schlußstrichversessenen deutlich zu machen: Die Verfolgung nahm ihren Ausgang in unserer Mitte, ihre Spuren sind nach wie vor präsent und dürfen nicht dem Vergessen anheimgegeben werden.

Die Publikation stieß damals auf lebhaften Zuspruch, so daß bereits 1988 eine unveränderte zweite Auflage erschien; 20.000 Exemplare wurden seinerzeit abgesetzt.

Das vielfältige Echo, korrigierende und ergänzende Hinweise und Anregungen ließen

bereits unmittelbar nach dem Erscheinen der Dokumentation die Notwendigkeit der Überarbeitung deutlich werden. Die Arbeiten wurden durch das Ende der DDR überholt. Dieses Ereignis macht es aber auch möglich, die Bestandsaufnahme zu erweitern. In der Erstausgabe beschränkte sich die Darstellung im wesentlichen auf die zentralen Gedenkstätten Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück. Bezüglich anderer Orte des Schreckens war die Zusammenstellung eher summarisch. Im übrigen ist dieser Anhang über die Gedenkstätten der DDR aus heutiger Sicht überaus problematisch, nachdem durch Blicke in das Innenleben der DDR die streckenweise Fragwürdigkeit der offiziellen und offiziellen Gedenkstättenphilosophie erschüttert worden ist. Den Gedenkstätten in den neuen Ländern und Berlin wird nunmehr ein zweiter Band gewidmet sein, der noch in diesem Jahr erscheinen soll. Die jetzt vorliegende zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage beschränkt sich deshalb auf die westdeutschen Bundesländer. Die überarbeitete Einleitung enthält einen Rückblick auf die Gedenkstättenarbeit, zu der mit Recht kritisch angemerkt wird, daß sie - mit den wenigen Ausnahmen Dachau, Bergen-Belsen - erst in den 70er und 80er Jahren begonnen hatte. Es wird daran erinnert, daß die Entwicklung in Westdeutschland „vor dem Hintergrund eines seit Ende der 70er Jahre, namentlich in der jüngeren Generation, wachsenden Interesses an lokaler und regionaler Geschichte und am Alltag des durchschnittlichen Menschen in der NS-Zeit zu sehen (ist)“.

„Gedenkstätten zur Erinnerung an die nationalsozialistische Verfolgung und an den Widerstand gegen das NS-Regime“, so heißt es sehr treffend, „sind unverzichtbare Einrichtungen der politischen Kultur in der Bundesrepublik“. In diesem Sinne wird der Neuauflage eine breite Verbreitung gewünscht.

Ulrike Puvogel/Martin Stankowski unter Mitarbeit von Ursula Graf, Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1995, 840 Seiten (Die Buchausgabe erscheint im Verlag Edition Hentrich, Berlin).

Klaus-Henning Rosen

Ultrarechte Seilschaften

Den Zusammenhängen zwischen traditionellem Rechtsextremismus, der intellektuellen „Neuen Rechten“ und den „Freiheitlichen“ unter Jörg Haider wollen die Beiträge des von dem Journalisten Wolfgang Purtscheller herausgegebenen Sammelbandes „Die Rechte in Bewegung“ nachgehen. Darin enthalten sind elf Beiträge zu den unterschiedlichsten Aspekten des Themas aus der Feder jüngerer Autoren, die entweder als Journalisten tätig sind oder Politikwissenschaft studieren.

Behandelt werden im einzelnen die Kontakte Haiders zu politischen Organisationen in Deutschland, die Einschätzungen des „Freiheitlichen“-Vorsitzenden durch deutsche Rechtsextremisten, „rechte“ Studentenorganisationen in Österreich, aktuelle Entwicklungsprozesse der Haider-Partei, Europa-Konzeptionen und kulturpolitische Auffassungen der extremen Rechten, Verlage, die als Forum der „Neuen Rechten“ dienen, „rechte Frauen(themen)“ in Österreich, die „Priesterbruderschaft Pius X. (Petrusbruderschaft)“ und das Wirken der Psychosekte „Verein zur Förderung psychologischer Menschenkenntnis“ (VPM).

In einem einleitenden Beitrag verweist Purtscheller vor allem auf die Mitverantwortung „des politischen Mainstreams für die Renaissance der Rechten“ (S. 9), spricht von dem „staatlich geduldeten und nicht selten ermun-

terten Rechtsextremismus (S. 11) und verweist darauf, daß auch der Briefbomben-Terror sehr wohl in „Traditionen und Konventionen der ‘ostmärkischen’ Szene“ (S. 12) steht. Auch die meisten anderen Beiträge formulieren derartige Einschätzungen mehr oder minder stark, wobei vor allem die Zusammenhänge mit den „Freiheitlichen“ hervorgehoben werden.

Positiv fällt bei den Beiträgen des Sammelbandes der relativ hohe Informationswert auf: Man erhält Informationen zu verschiedenen Detail-Aspekten, die bislang noch nicht im Zentrum des Interesses standen, sei es zur Bedeutung der Studentenorganisationen, Unternehmen wie dem Leopold Stocker-Verlag oder das Frauenbild der österreichischen Rechtsextremisten. Allerdings bleibt nicht nur unklar, was konkret unter „Neue Rechte“ verstanden wird, sondern auch wie „Seilschaften“ und „Vernetzungen“ definiert werden. Das zufällige, eher private Zusammentreffen zweier Polit-Aktivistinnen ist von anderer Qualität als eine systematische Bündnispolitik oder gar die zentralistische Anleitung von Organisationen. Hier wäre - auch für die Gesamteinschätzung des Phänomens - eine differenziertere Herangehensweise nötig gewesen.

Wolfgang Purtscheller (Hrsg.), Die Rechte in Bewegung. Seilschaften und Vernetzungen der „Neuen Rechten“, Wien 1995 (Picus Verlag), 201 S.

Armin Pfahl-Traugbber

NS-Todesurteile aufheben

Die Staatsanwaltschaft I beim Berliner Landgericht prüft zur Zeit, ob das vom NS-Regime wegen Landes- und Hochverrats gegen den evangelischen Pfarrer und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer verhängte Todesurteil angefochten werden kann. Dies bestätigte der Sprecher der Berliner Staatsanwaltschaft, Rudolf Reiff. Eine Entscheidung soll nach Angaben des Justizsprechers allerdings nicht vor dem Sommer gefällt werden, es sei außerdem „völlig offen“, ob der Prozeß gegen Bonhoeffer nach 50 Jahren von der Staatsanwaltschaft wieder aufgerollt werde.

Ein „Initiativkreis Gerechtigkeit für Dietrich Bonhoeffer“ hatte Anfang Februar anlässlich Bonhoeffers 90. Geburtstag in einer in Berlin veröffentlichten Erklärung gefordert, die NS-Todesurteile gegen Widerstandskämpfer aufzuheben und als Terrorentscheidungen zu bewerten. Unterzeichnet wurde der Aufruf von rund 120 Personen, darunter Ignatz Bubis, sowie die frühere Bundesministerin Annemarie Renger. Bonhoeffer war am 8. April 1945 gemeinsam mit fünf weiteren Widerstandskämpfern von einem Standgericht der SS zum Tode verurteilt und einen Tag später hingerichtet worden. Der Bundesgerichtshof hatte das Urteil 1956 als „rechtsgültig“ anerkannt. Die Tatbeteiligten waren mit Ausnahme eines SS-Standartenführers freigesprochen worden.

Tagebuch

Barcelona/Spain - Gerd Honsik, Gründer und Leiter der neonazistischen Postille „Halt“ (Postfachadresse: Barcelona), die neuerdings von Tschechien aus versandt wird, hat ein neues Buch unter dem Titel „Sein letzter Fall. Dr. Schaller für Honsik gegen Wiesenthal“ veröffentlicht. Honsik, der sich vor Jahren nach seiner durch den Obersten Gerichtshof in Wien erfolgten Verurteilung nach Spanien abgesetzt hat, ist Neffe des aus Wien stammenden Amon Goeth, der einst berüchtigter Kommandant des NS-Konzentrationslagers Plasov bei Krakau war. Herbert Schaller, Oberstleutnant a.D., zählt zum Kreis revisionistischer Rechtsanwälte im deutschsprachigen Raum. Verteidigt hat er u.a. Otto Ernst Remer, Pedro Varela und David Irving. Schaller tritt selbst als Referent bei rechtsextremen Veranstaltungen auf - so u.a. bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP).

Berlin - In den vergangenen Wochen gab es einige personelle Änderungen bei der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF). Die Berlin-Seite übernahm, so die aktuelle Ausgabe der „JF-intern“, Patrick Neuhaus (26) von Martin Otto (27). Nach knapp drei Jahren verließ Andrzej Madala (38) die JF. Er trat im Juni 1993 der Redaktion als Chef vom Dienst bei und betreute Schlußredaktion und Forum der JF. Madalas Nachfolger wird der Göttinger Hans Becker von Sothen (34), der in der Vergangenheit auch schon für den JF-Buchvertrieb zuständig war. Immer noch gesucht werden feste freie JF-Korrespondenten für Norddeutschland, Düsseldorf, Thüringen/Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und den Süden der Bundesrepublik. Für 1996 hat sich die „Junge Freiheit“ um Chefredakteur Dieter Stein (28) das ehrgeizige Ziel gesteckt, 10.000 neue Leser zu gewinnen.

Berlin/Potsdam/Frankfurt - Die in Ostdeutschland agierende neonazistische Gruppierung „Die Nationalen e.V.“ hat nach eigenem Bekunden an den Universitäten Potsdam, HU-Berlin und Frankfurt/Oder Hochschulgruppen ins Leben gerufen, denen rund 30 Mitglieder angehören sollen. Die Frankfurter Hochschulgruppe der Nationalen e.V. (HdN) hat sich jüngst für die Schließung der Europa-Universität „Viadrina“ in der Oderstadt ausgesprochen. Dorn im Auge der Rechtsextremisten

sind die dort studierenden polnischen Studenten, deren Stipendien aus Mitteln des Landes finanziert werden.

Bonn - Nach Angaben der Bundesregierung sind im Jahr 1994 rund 16 500 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer Straftaten eingeleitet worden, circa 3 800 davon hätten fremdenfeindliche Hintergründe gehabt. Etwa 10 500 Verfahren mußten mangels Ermittlung eines Täters wieder eingestellt werden. In 2231 Fällen kam es zu einer Verurteilung.

Bonn/Erfurt - Der SPD-Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin hat beim thüringischen Innenministerium angefragt, ob die Landesregierung den für die Zeit vom 19. bis 21. April 1996 geplanten Kongreß der „Gesellschaft für Freie Publizistik“ im südlichen Thüringen verbieten werde. Ferner will der SPD-Abgeordnete wissen, welche Erkenntnisse der Landesregierung zu dem Kongreß vorlägen und ob öffentliche Gelder beantragt worden seien. Nach Vergins Einschätzung reichen die internationalen Verbindungen der rechtsextremistischen Organisation „nach Österreich, Belgien, Kroatien, Tschechien sowie in verschiedene GUS-Staaten“. Die Ewiggestrigen würden „die Freiheit von Kultur und Publizistik ... zur Verbreitung ihrer eigentlichen rechten und rechtsextremistischen Ziele“ nutzen, so der SPD-Parlamentarier.

Bremen - Ralf Riedemann, REP-Landesvorsitzender in Bremen und REP-Bundesvorstandsmitglied, darf weiterhin unbehelligt als Polizeihauptmeister arbeiten. Finanzsenator Ulrich Nölle (CDU) hat nach über zweijährigen Vorermittlungen jetzt auf ein förmliches Disziplinarverfahren gegen den rechtsextremen Ordnungshüter verzichtet, da bremische Behörden derzeit keine eigenen Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Zielsetzungen des REP-Landesverbandes besäßen. Der Chef des Bremer Verfassungsschutzes, Walter Wilhelm, ist da allerdings anderer Meinung; es gebe nach wie vor genügend „Anhaltspunkte für Verfassungsfeindlichkeit“ bei den „Republikanern“.

Eislingen (Baden-Württemberg) - Der Eislinger (Kreis Göppingen) NPD-Ortsvorsitzende und Stadtrat Jakob Hopp will Mitgliedern des rund 40 Neonazis umfassenden „Staufer-Sturms Göppingen“ eine politische Heimat bieten. Entsprechende Angebote hat Hopp den Neonazis bei einer Veranstaltung gemacht. Zur Zeit ermittelt der

Staatsschutz gegen den „Staufer-Sturm“. Die Gruppe wird verdächtigt, in Heiningen einen Bus des Sozialen Friedensdienstes angezündet zu haben. Anführer des „Staufer-Sturms“ ist der 19jährige Werkzeugmacherlehrling Christian (nennt sich Erich, da ihm der Name Christian zu christlich erscheint) Seidel, der vor zwei Jahren bei den Kommunalwahlen für die Eislinger NPD kandidierte. Bei Seidel wurde im März letzten Jahres im Rahmen einer bundesweiten Durchsuchungsaktion Material der NSDAP/AO gefunden.

Hallau (Schweiz)/Leonberg (B-W) - Nachdem „Das andere deutsche Nachrichtenmagazin“ (Nachfolgezeitschrift der antisemitischen, extrem revisionistischen und verschwörungstheoretischen Monatszeitschrift >Code< ->Conföderation organisch denkender Europäer<) aus dem Verlag Diagnose im baden-württembergischen Leonberg im November letzten Jahres eingestellt wurde, bot der Verlag im Gegenzug seinen Abonnenten das aus seinem Hause stammende Gesundheitsmagazin „Gesunde Medizin“ als Abo an. Nun wurde den bisherigen Lesern des „Nachrichtenmagazins“ bzw. „Code“ ein neues Angebot aus der Schweiz offeriert: die vierteljährlich erscheinenden „Informationen“ des „Memopress“-Verlages vom Emil Rahm aus Hallau. Rahm warnt seit Jahren unentwegt vor einer freimaurerisch-bolschewistisch-zionistischen Weltverschwörung.

Hamburg - Die Hamburger Staatsanwalt hat gegen den US-Neonazi Gary Rex Lauck Anklage erhoben. Lauck werden insgesamt 38 Straftaten - unter anderem Volksverhetzung, Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, Darstellung von Gewalt, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen - vorgeworfen, so die Staatsanwaltschaft. Der Chef der in Lincoln/Nebraska ansässigen NSDAP/AO war im März vergangenen Jahres in Dänemark verhaftet und im September an die Hamburger Justizbehörden ausgeliefert worden.

Jerusalem (Israel) - Die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem hat einen US-Bürger, der während des Zweiten Weltkriegs Tausenden von Juden das Leben rettete, postum zum „Gerechten unter den Völkern“ ernannt. Der 1967 verstorbene Darian Fry hatte 4000 Menschen im besetzten Frankreich 1940/41 zur Ausreise verholfen, darunter der Maler Marc Chagall und die Philosophin Hannah Arendt.

Kiel - Die „Republikaner“ treten bei der Landtagswahl am 24. März in Schleswig-Holstein nicht an. Vor vier Jahren hatten sie im nördlichsten Bundesland 1,2 Prozent der Stimmen bekommen. Neben der „Deutschen Volksunion“ kandidiert auf dem rechtsextremen Sektor noch die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLHV). Im Gegensatz zur DVU des Münchner Verlegers Dr. Gerhard Frey, die vor vier Jahren den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde und damit in den Kieler Landtag geschafft hatte, mußte die DLHV dem Landeswahlleiter die erforderliche Anzahl an Unterstützungsunterschriften vorlegen.

Rechts von der Union wurden vom Landeswahlausschuß am 9. Februar ferner noch die „Partei Bibeltreuer Christen“ (PCP) und die „Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein“ (WSH) zur Landtagswahl zugelassen.

Kiel/Hamburg - In Schleswig-Holstein und Hamburg sind jetzt türkische Zusammenkünfte und Vereinigungen als Treffpunkte der rechtsextremen MHP geoutet worden. Dazu zählen die Organisationen Türkische Familien- und Türkische Eltern-Union (bzw. Türkischer Familien-/Türkischer Eltern-Bund). Die Klientel dieser Vereine ist den hier als „Graue Wölfe“ titulierten türkischen Nationalisten zuzurechnen. Diese versuchen gerade unter Jugendlichen mehr Anhänger zu rekrutieren. Feindbild Nummer 1 hier in Deutschland wie in der Heimat sind die Kurden und Aleviten. Der Verfassungsschutz in den beiden Bundesländern hat nach eigenen Angaben ein Auge auf die Organisationen geworfen.

Koblenz - Der Prozeß vor dem Koblenzer Landgericht wegen Fortführung der 1992 verbotenen neonazistischen „Deutschen Alternative“ geht weiter. Die nächsten Termine sind am 23. und 28. Februar, am 6., 13., 20. und 25. März, am 9., 17. und 24. April sowie am 3. und 8. Mai jeweils um 9:30 Uhr. Lediglich der Termin am 9. April beginnt um 13:30 Uhr. Die Hauptverhandlung gegen sechzehn Angeklagte aus dem Rhein-Main-Gebiet wurde am 29. September des vergangenen Jahres eröffnet (vgl. BNR 21/95). Unter den Angeklagten befindet sich auch Michael Petri (23), Bundesvorsitzender der „Deutschen Nationalisten“.

Köln - Nach Eigenangaben des „Förderkreises Bündnis Deutschland/Runder Tisch Nordrhein-Westfalen“ hat das Bündnis Ende Januar/Anfang Februar 6.000 Zeitungen unter dem Titel „Forum Bündnis Deutschland“ an „Patrioten“ in Nord-

rhein-Westfalen verschickt. Ziel der Aktion, so ist einer der Pressemitteilung des Bündnisses zu entnehmen, soll sein, „die Basis der verschiedenen Rechtsparteien zu mobilisieren und den Druck auf sich sperrende Vorstände in Sachen >Zusammenarbeit der vernünftigen Patrioten< zu erhöhen“. Zur Feder greifen für die Postille u.a. Max Branghofer (Mitglied der „Republikaner“) und Manfred Rouhs (Funktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“), der auch die Gestaltung des Blattes übernommen hat. Kopf des „Förderkreises Bündnis Deutschland/Runder Tisch Nordrhein-Westfalen“ ist Michael Wiechert, Pressereferent des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ und Autor in „Europa Vorn“.

Köln - Die im Frühjahr 1995 erstmals erschienene „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ; s. BNR 9/95), die sich als „Soldatenzeitung für ehemalige Kriegsteilnehmer, aktive Soldaten, Reservisten und Vertriebene“ verstand, ist mit sofortiger Wirkung eingestellt worden. DMZ-Herausgeber war der gleichnamige Verlag im nordrhein-westfälischen Brühl, der mit dem Verlag von Harald Thomas (Brühl) verbandelt ist. Thomas, Mitglied des Witiko-Bundes, war einst redaktioneller Leiter der Zeitschrift „Zeitenwende“ (vormals: „Europa“; Organ des „Nationaleuropäischen Jugendwerkes“).

Mainz - Zu den Landtagswahlen am 24. März in Rheinland-Pfalz treten die „Republikaner“ und die NPD jeweils mit Landeslisten an. Rechtsaußen kandidieren fernerhin die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ (Bezirk 3), die „Naturgesetzpartei“ (Landesliste), die „Partei Bibeltreuer Christen“ (Bezirk 3 und 4) und die Statt-Partei (Bezirk 1 und 2).

Mainz - Die rheinland-pfälzischen Justizbehörden haben im vergangenen Jahr 103 Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß eingeleitet - ein Anstieg von 70 Prozent gegenüber 60 solcher Verfahren in 1994. Dies geht aus einer Bilanz der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten hervor, die Justizminister Caesar (FDP) in Mainz vorgelegt hat. Danach ist die Zahl der Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Straftaten insgesamt auf 440 (1994: 501; 1993: 839 Verfahren) zurückgegangen, in 319 Fällen mußten allerdings Verfahren eingestellt werden, weil die Täter nicht ermittelt werden konnten. Stark rückläufig (283 gegenüber 445 in 1993) sind Straftaten wegen Verbreitung von ver-

fassungswidrigem Propagandamaterial und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Nach Angaben von Justizminister Caesar wurden im vergangenen Jahr 40 Angeklagte wegen rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Straftaten verurteilt, zehn von ihnen zu Jugend- oder Freiheitsstrafen. Zwei Verfahren endeten mit Freispruch.

Marl (Nordrhein-Westfalen) - Zum 100. Mal ist das „Leitheft“, ein Rundbrief der Kameradschaft ehemaliger Waffen-SS-Soldaten erschienen. Gegründet wurde das monatlich erscheinende „Leitheft“ als Konkurrenz zum HIAG-Organ „Der Freiwillige“, dem zuviel demokratisches Gedankengut vorgeworfen wurde. In der 100. „Leitheft“-Ausgabe stellt die Schriftleitung stolz fest: „Den Vorwurf von Umerziehern und Umerzogenen, wir seien >Ewiggestrige<, betrachten wir als große Auszeichnung, denn die unbeirrbar Treue zu unseren Toten, das beharrliche Festhalten am Grundsätzlichen, Charakterstärke und die daraus entstehende Gemeinsamkeit des Fühlens und Denkens hat uns einst zusammengeschweißt.“ Die „Geschäftsstelle“ der rechtsextremistischen Postille leitet Erika Burg (Marl). Geworben wird für das „Leitheft“ u.a. in der nationalrevolutionären Zeitschrift „Widerstand“ (Untertitel: „Die Zeitung der Volkstreuen Deutschen“).

Moskau (Rußland) - Den Schulterschuß proben wollten künftig der russische Ultranationalist Wladimir Schirinowskij und der Anführer der französischen Front National, Jean-Marie Le Pen. Sie wollen auf eine Union der europäischen Rechten hinarbeiten. Ziel sei es dabei, für die Verteidigung der nationalen Werte und Interessen der Völker zu kämpfen, erklärte Le Pen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz Anfang Februar in Moskau. „Patrioten aller Länder, vereinigt euch!“ lautete denn die entsprechende Losung. Nach Angaben Schirinowskij seien Gruppierungen aus Deutschland, Österreich, Italien, Spanien und Großbritannien zu einem ersten Forum im April in Moskau eingeladen worden. Die Gründungskonferenz der „Union der europäischen Rechten“ werde dann „vielleicht im September in Paris, in Berlin oder anderswo“ stattfinden.

Oberwesel a.Rhein - Die Bundesversammlung des Freundeskreises der „Artamanen“ (= „Hüter der Scholle“), einer Gemeinschaft ehemaliger „Artamanen“ und ihrer Freunde hat auf einer Tagung in Oberwesel die bisherige Vorstands-

Adresse:

schaft bestätigt: 1. Sprecher ist Paul Postrach, Stellvertreterin Edith Fäthke,, Stellvertreter Hans Löhnert. „Gebietsbetreuer“ wurden in: „Nordmark“ Hermann Hoppe, Niedersachsen Paul Postrach, Bayern/Österreich Walter Gust, Baden-Württemberg Arthur Pommerening, Nordrhein-Westfalen Albert Breunsbach und „Mitteldeutschland“ Hans Löhnert. Als Organ dienen die vierteljährlich erscheinenden „Artamblätter“. Ziel der 1924 aus dem Bereich völkischer Wanderbünde entstandenen „Artamanen“ war unter anderem die „Zurückdrängung der polnischen Wanderarbeiter“ und das „Ausfüllen der leeren Räume unserer ‘Grenzprovinzen’“. Der spätere SS-Reichsführer Heinrich Himmler war in den 20er Jahren Gauführer der „Artmanen“ in Bayern.

Siegen (Nordrhein-Westfalen) - Seit Monaten findet sich in der Anzeigen-Rubrik der Zeitschrift „Der Freiwillige“, die im Waffen-SS orientierten Munin-Verlag (Osnabrück) erscheint, die Werbung einer ominösen Organisation, die sich hinter dem Kürzel IAL versteckt. Die IAL (= „International Arme Literature“) verfügt über Postfächer im nordrhein-westfälischen Siegen und in Owensboro/Kentucky (USA). Spezialisiert hat sich IAL auf nationalsozialistische Militaria. „Brandneu“ im Angebot ist das Video SS-Division „Leibstandarte SS Adolf Hitler“.

Schwetzingen (Rhein-Neckar-Kreis) - Zu einer dreimonatigen Bewährungsstrafe wegen Volksverhetzung verurteilte das Amtsgericht Schwetzingen am 8. Februar den 38jährigen Betreiber einer rechtsextremistischen Mailbox. Jürgen Jost alias „Joschi“ betreibt in Oftersheim (Rhein-Neckar-Kreis) die zum braunen „Thule-Netz“ gehörende Mailbox „Elias BBS“ und ist Mitbegründer des „Thule-Netzes“. Jost hatte auch dem vormaligen NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert (55) aus Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) beim Einrichten einer Mailbox geholfen. Anlaß des Verfahrens gegen den Kraftfahrer Jost war ein antisemitischer Artikel „Zentralrat der Neandertaler“ in sei-

ner Mailbox. Im Oktober 1994 war die Computer-Mailbox von Jost beschlagnahmt worden (vgl. BNR 23/94). Bereits im Januar 1995 meldete sich Jost wieder online. „Trotz staatlichen Terrors! Trotz politischer Verfolgung! Joschi is back“. Jost, der ohne Rechtsanwalt vor Gericht erschien, mußte sich von Amtsrichter Gerd Deißler vorhalten lassen, daß Volksverhetzung „auf unterstem Niveau“ keinen Spaß darstelle. Das Gericht verhängte neben den drei Monaten auf Bewährung eine Geldstrafe in Höhe von 2.700 Mark.

Stuttgart - Die NPD (Bundesgeschäftsstelle: Stuttgart) hat ein „Kameradschaftshilfswerk für nationale Gefangene ins Leben gerufen, mit dem, so das Nationale Infotelefon Franken, „inhaftierte nationale Bürger und deren Familienangehörige unterstützt werden sollen.“ Für die ordnungsgemäße Verwendung der eingehenden Spenden sollen der ehemalige bayerische NPD-Landesvorsitzende und frühere SS-Obersturmführer, Walter Bachmann, der ehemalige Bundesführer der verbotenen „Wiking-Jugend“ (WJ), Wolfgang Nahrath, der sächsische NPD-Landesvorsitzende Jürgen Schön und weitere Kameraden sorgen. Inhaber des Sonderkontos des „Kameradschaftshilfswerks für nationale Gefangene“ ist Erwin Kempner.

Villingen-Schwenningen - Der Ex-Europarlementarier Harald Neubauer („Deutsche Liga für Volk und Heimat“) will am 2. März in Villingen-Schwenningen zum Thema „Die Arbeit geht, die Armen kommen“ referieren. Interessenten können sich bei dem ortsansässigen Jürgen Schützinger dazu anmelden.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten